

01) Jobkiller E-Auto: Studie sagt Verlust von 500.000 Arbeitsplätzen voraus

09. 12. 2021



Bild: Shutterstock

Das Elektroauto wird für die Beschäftigten zum gnadenlosen Jobkiller: Laut einer vom Branchenverband Clepa beauftragten Studie werden als Folge der EU-Klimaregulierung im Bereich der PKW-Antriebsfertigung in der Europäischen Union eine halbe Million Jobs wegfallen, die mit Abstand meisten davon in Deutschland.

Es sind dramatische Zahlen, die eine Studie des Beratungsunternehmens PWC Strategy& ermittelt hat, die vom europäischen Branchen-Automobilzulieferverband Clepa beauftragt wurde. Demnach werden durch die EU-Klimaregulierung bei den europäischen Automobilzulieferern in den kommenden 19 Jahren von den rund 645.000 Jobs in der Antriebsstrangproduktion gut 500.000 (79 Prozent) überflüssig.

Der Sieger ist Frankreich

Durch den Aufbau neuer Kapazitäten im Bereich neuer Antriebstechnologien – so beispielsweise in der Batterieproduktion – könnten 226.000 neue Arbeitsplätze geschaffen werden, was aber noch immer einen Nettoverlust von 274.000 Stellen bedeutet.

Dabei sind die Gewinne und Verluste aus dieser Entwicklung bei einer Betrachtung der einzelnen EU-Staaten laut der Clepa-Studie sehr ungleich verteilt. Vier Länder – nämlich

Frankreich, Spanien, Polen und Tschechien – können die Zahl der Arbeitsplätze im Antriebsbereich laut der Studie zukünftig sogar erhöhen. Im Falle Frankreichs liegt dies daran, dass die energieintensive Batterieproduktion künftig wohl in Ländern mit gleichermaßen preiswertem wie auch CO₂-neutral hergestelltem Strom stattfinden wird. Hier hat Frankreich wegen seines hohen Anteils von kostengünstigem wie auch CO₂-neutralem Nuklearstrom die Nase vorn.



EU-Länder, die über billigen Atomstrom verfügen, sind die Gewinner der Wende hin zum E-Auto. Hier das Atomkraftwerk Doel in Belgien. Foto: ToniV3112 | [Shutterstock.com](https://www.shutterstock.com).

Massive Arbeitsplatzverluste in Deutschland

Tschechien und Polen werden in den kommenden zwei Jahrzehnten laut der Studie dagegen von der Auslagerung der verbleibenden Fertigung von Komponenten für Verbrennungsmotoren profitieren. Einer der beiden ganz großen Verlierer der Entwicklung ist hingegen Deutschland.

Die Studienautoren sagen Deutschland voraus, dass die Zahl der Arbeitsplätze im Antriebsbereich von heute 150.600 auf nur noch 67.900 in knapp zwei Jahrzehnten sinken wird – damit würde Deutschland mehr als die Hälfte der derzeit bestehenden Arbeitsplätze in diesem Sektor einbüßen. Noch schlimmer trifft es nur Italien, dass laut der Studie sogar 90 Prozent (!) seiner bestehenden Arbeitsplätze im Antriebsbereich verliert.

Diener fremder Interessen

Die Zahlen machen deutlich, wie verheerend die Strategie deutscher Politiker in Brüssel ist, die eigenen Interessen regelmäßig in den Wind zu schießen, um Maximalforderungen anderer Länder zu übernehmen. So war es ein offenes Geheimnis, dass Frankreich in den vergangenen Jahren eine extreme Herabsetzung der CO₂-Schwellenwerte im Automobilsektor forderte, weil man in Paris davon ausgeht, dass man einen

Wettbewerbsvorteil bei der Fertigung von Elektroautos besitzt. Die wieder im Amt bestätigte Bundesumweltministerin Svenja Schulze (SPD) hat diese Politik immer vorbehaltlos unterstützt, obwohl sie damit objektiv nationalen Interessen schadete.

Das Ergebnis sind Arbeitsplatzverluste in Deutschland und ein Wohlstandsaufwuchs in den anderen EU-Ländern.

„Operation geglückt, Patient tot“ – das könnte am Ende das Ergebnis des ideologisch motivierten Umbaus der deutschen Wirtschaft sein. Es könnte zwar gelingen, den im globalen Maßstab ohnehin schon minimalen deutschen CO2-Beitrag weiter zu senken, allerdings besteht die Gefahr, dass danach auch nicht mehr viel von der deutschen Wirtschaft übrig ist. Die Autobranche scheint dabei das erste und prominenteste Opfer des Klimawahns zu werden.



Dieser Beitrag erschien zuerst im [COMPACT MAGAZIN](#), unserem Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

**02) Treffen in Warschau: 15 patriotische Parteien Europas planen
Schulterschluss auf EU-Ebene**

06. 12. 2021



Polen und EU · *Buildquelle: MPI*

In Polen seit Freitag (03.10) hochrangige Vertreter von rund 15 rechten Parteien verschiedener Länder Europas zu Beratungen über einen möglichen Schulterschluss im EU-Parlament zusammengekommen.

Dazu berichtet [ZurZeit](#), unser Partner in der EUROPÄISCHEN MEDIENKOOPERATION:

WARSCHAU – Die Vereinigung der Rechtsparteien würde die zweit stärkste Kraft im Europäischen Parlament bedeuten, erklärte auch die französische Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen. Auch Polens Regierungschef Mateusz Morawiecki sprach von einem „Wendepunkt in der Geschichte Europas, der Europäischen Union und der souveränen EU-Mitgliedstaaten“. Es gelte, „der Usurpation, die die Macht in den Händen der europäischen Eliten konzentriert, einen Riegel vorzuschieben“, so Morawiecki.

Weiters waren unter anderem der Chef der italienischen Lega-Partei, Matteo Salvini, Ungarns Ministerpräsident und Chef der Fidesz-Partei, Viktor Orban, der Vorsitzende der polnischen Regierungspartei PiS, Jaroslaw Kaczynski, und der Vorsitzende der spanischen Partei Vox, Santiago Abascal anwesend.

Seite A 103 zum AGOMWBW-Rundbrief Nr. 806 vom 16.12.2021

Die nun in Warschau versammelten Parteien hatten im vergangenen Juli eine gemeinsame Erklärung unterzeichnet, dass sie eine Fraktion im EU-Parlament gründen wollen. Neben den bereits genannten Unterzeichnern war auch FPÖ-Chef Herbert Kickl dabei. Am Samstag teilte die FPÖ mittels Presseaussendung mit, dass Bundesparteiobmann-Stellvertreterin Marlene Svazek die Freiheitlichen bei den Beratungen in Warschau vertrat.

„Es ist das gemeinsame Ziel, die kulturelle und politische Vielfalt souveräner Nationalstaaten in Europa zu erhalten, vor allem aber auch gegen eine weitere Zentralisierung vorzugehen sowie die Themen Migration, Grenzschutz und Rückverlagerung von Kompetenzen auf die nationale Ebene mutig und konsequent anzugehen“, so Svazek.

Aus: UNSER MITTELEUROPA. MIT VEREINTEN KRÄFTEN FÜR EIN EUROPA DER VATERLÄNDER

Anmerkung der Redaktion: Wie uns unser Leser